



Hightech in der Warteschleife: Die Solarwärmebranche hofft auf stärkere Impulse aus Berlin.

Vertröstete Wärme

Weil die Förderung für alternative Heizanlagen für 2007 aufgestockt wurde, kann die Solarthermiebranche auf ein gutes Jahr hoffen. Der große Durchbruch ist aber nicht in Sicht, denn das regenerative Wärmegesetz wurde vertagt.

Text: Sascha Rentzing

Beinahe hätte Sigmar Gabriel seine Sympathien bei der Solarwärmebranche verspielt: Seit Sommer ist die Förderung für alternative Heizanlagen gestoppt und so wurde sehnlich auf eine Zusage des Bundesumweltministers gewartet, das Marktanzreizprogramm (MAP) aufzustocken. Vergeblich: Lange sah es so aus, als würde sich die Große Koalition von der im Regierungsentwurf zum Etat 2007 vorgesehenen Kürzung des Marktanzreizprogramms nicht abringen lassen. Vorgesehen war eine Reduzierung von 180 auf 174,5 Millionen Euro.

Sehr zum Unmut der Branche teilte Gabriel Anfang November mit: Das von der Regenerativbranche seit langem geforderte Wärmegesetz für erneuerbare Energien werde auf unbestimmte Zeit verschoben (neue energie 7/2006). Grund sei, dass die Regierung nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht auch noch die Wärme zu Beginn nächsten Jahres verteuern könne; das führe zur Diffamierung der Ökoenergien.

Die Reaktionen folgten prompt: Hans-Josef Fell, Sprecher für Energie- und Technologiepolitik von Bündnis 90/Die Grünen, warf Gabriel vor, der Umwelt und der Ökoenergienbranche zu schaden. Verbände sprachen von einer drohenden weiteren Eintrübung des Geschäftsklimas in der Solarwärmeindustrie.

Schließlich konnte der Gescholtene aber einen Teilerfolg verkünden: Die abschließenden Etatberatungen im Haushaltsausschuss hätten ergeben, so der Umweltminister am 9. November, dass die Förderung für 2007 aufgestockt werde, und zwar um rund 40 auf 213,5 Millionen Euro.

Die Solarfirmen sind erleichtert. Sie sind es gewohnt, mit kurzfristigen Entscheidungen zu leben. Das MAP läuft unter Haushaltsvorbehalt, Jahr für Jahr wird

neu über dessen Ausstattung entschieden – so lange auf grünes Licht aus Berlin warten mussten sie aber selten.

Ohne staatliche Hilfe läuft es nicht

Der Solarverband ärgert sich aber um so mehr, dass vorerst auf eine haushaltsunabhängige, langfristige Förderung verzichtet werden muss. „Solange wir kein Wärmegezet haben, bleibt das Marktanzreizprogramm das wichtigste Arbeitspferd der Solarthermie“, sagt Carsten Körnig, Geschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW).

Nach Einschätzung des Verbands könnte es sogar recht kräftig ziehen. Bei einer geringen Absenkung der Fördersätze würden die 213,5 Millionen Euro reichen, im Jahr 2007 ein Wachstum von 20 bis 25 Prozent zu realisieren. Bei einer geschätzten neu installierten Solarwärmeleistung von 910 Megawatt (MW) in diesem Jahr dürfte der Zubau im nächsten Jahr demnach bei rund 1.100 MW liegen.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) beurteilt die Situation dennoch kritisch. Bei einem soliden Wachstum aller Sparten im Wärmebereich, also auch der Geothermie oder der Biomasse, die ebenfalls vom Marktanzreizprogramm profitierten, drohten die Mittel vorzeitig zur Neige zu gehen. „Es kann nicht sein, dass Gabriel erst das Wärmegesetz verunglimpft und sich dann mit einem völlig unzureichenden Förderplus von 40 Millionen Euro eine weiße Weste kaufen will“, sagt BEE-Präsident Johannes Lackmann. Gabriel gebe vor, die erneuerbaren Energien nicht in ein negatives Image als Kostentreiber bringen zu wollen, mache aber genau dies. Dabei dürfte dem Minister bekannt sein, dass Regenerativenergien die Wärmepreise entlasteten statt belasteten, so Lackmann.

Die Solarfirmen indes sind froh, dass sie nun für einige Monate über den Berg sind. Denn fehlen die Zuschüsse, bleiben die Kunden weg. Dies muss derzeit etwa die Consolar GmbH erfahren. Zwar wird der Frankfurter Kollektorbauer seinen Umsatz in diesem Jahr voraussichtlich um 50 Prozent auf 7,5 Millionen Euro steigern können. Dies aber nur, weil das erste Halbjahr laut Geschäftsführer Andreas Siegemund „sehr gut“ verlief. Wegen des Förderstopps im August sei die Nachfrage im zweiten Halbjahr dagegen deutlich zurückgegangen. Dank der beschlossenen Aufstockung rechnet Siegemund für 2007 mit einer Wiederbelebung des Geschäfts: „Fünffzigprozentiges Umsatzwachstum ist für uns erneut drin.“

Von einem Auf und Ab bei den Aufträgen berichtet auch die Westfa GmbH, Spezialist für Flüssiggas und solarthermische Anlagen. „Wegen des großen Interesses hatten wir bis April Lieferschwierigkeiten, doch dann kam der Förderstopp. Seitdem ist bei uns nicht mehr viel passiert“, sagt Produktmanager Bernhard Mertel. Da die Geschäfte in den ersten Monaten top liefen, dürfte das Jahr unterm Strich für das Hagener Unternehmen erfreulich ausfallen. Westfa erwartet eine Umsatzsteigerung in seiner Solarsparte von 60 Prozent auf zwölf Millionen Euro. Und auch die Perspektive stimmt nun wieder: 2007 solle es auf diesem Niveau weitergehen, so Mertel.

Dennoch: Der Sonnenmanager ist wie seine Branchenkollegen überzeugt davon, dass der Solarthermiemarkt mit einem regenerativen Wärmegesetz noch viel stärker und schneller wachsen könnte. „Ein zusätzlicher Schub wäre sehr wahrscheinlich“, sagt Mertel. Die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen: Ein Wärmegesetz würde |

verlässliche Investitionsbedingungen für Anlagenbetreiber schaffen. Jeder, der investieren möchte, hätte – anders als im Moment – die Gewissheit, dass er finanzielle Unterstützung bekommt. Das könnte die Nachfrage deutlich erhöhen. Auf der anderen Seite würde ein Gesetz einen stabilen Investitionsrahmen für Produzenten schaffen: Kein Kollektorbauer bräuchte sich mehr Sorgen zu machen, dass die Nachfrage infolge eines Förderstopps abreißen und er auf seiner Ware sitzen bleiben müsste. Das könnte zu einem kontinuierlichen Aufbau von Produktionskapazitäten und schneller sinkenden Technologiekosten führen.

Der Zeitpunkt für ein Wärmegesetz könnte günstiger nicht sein. Die Preise für Öl und Gas steigen unaufhörlich. Damit sinkt der Kostenvorteil für fossile Brennstoffe. Immer mehr Verbraucher realisieren inzwischen, dass sie in die Kostenfalle geraten sind und suchen nach Alternativen. Viele werden bei der Solarthermie fündig. Bester Beleg ist die Tatsache, dass der Fördertopf schon im Sommer komplett ausgeschöpft war und 50.000 Antragsteller leer ausgingen.

Riesige Potenziale bei Büro- und Mehrfamilienhäusern

Einsatzmöglichkeiten für solarthermische Anlagen gibt es in Hülle und Fülle. Über 50 Prozent des Energieverbrauchs in Europa entfallen auf den Wärmesektor, aber nur zehn Prozent für Heizung und Warmwasserbereitung werden mit erneuerbare Energien gedeckt. Der europäische Solarthermieverband (Estif) hat es sich deshalb zum Ziel ge-



setzt, den Anteil der installierten Sonnenwärmeleistung in Europa bis 2030 von derzeit 10.000 auf 200.000 Megawatt (MW) zu erhöhen. Dadurch soll die Hälfte der für Trinkwasserbereitung und Heizung benötigten Wärme mit Solaranlagen erzeugt werden.

Vor allem in Dienstleistungs- oder Wohngebäuden gibt es für die Solarthermie riesige Einsatzmöglichkeiten. Bis dato ist in diesem Segment jedoch so gut wie nichts passiert.

„Über die Nachfrage von Einfamilienhausbesitzern können wir uns nicht beklagen, aber der riesige Büro- und Mehrfamilienhausbereich liegt komplett brach“, sagt Claudio Fischer-Zernin-Schmitt, Vorstand des Verbands der Solarfachfirmen Nordsolar.

Technisch wäre es kein Problem, solche großen Einheiten mit Wärme von der Sonne zu versorgen. Vermieter scheuen bislang aber in große Kollektoren und solare Kombigrößenanlagen zur Brauchwasserbereitung und Heizung zu investieren. Ein Wärmegesetz könnte hier für Umdenken sorgen. „Wenn gesehen wird, dass Wärme ebenso wie Strom über einen Zähler abgerechnet werden kann und sich solarthermische Anlagen wirtschaftlich betreiben lassen, könnte in diesem Marktsegment bald die Post abgehen“, so Fischer.

Und inwiefern finden solche Überlegungen derzeit in Berlin Gehör? Kurzfristig, so ist zu hören, scheinen die Aussichten eher schlecht. „Die Sondierungen laufen. Allerdings gibt es unterschiedliche Vorstellungen“, schildert Karin Freier, Leiterin des Referats erneuerbare Energien im Bundesumweltministerium (BMU), die Situation. Die Union sehe in Investitionskostenzuschüssen den besten Weg, den Solarwärmemarkt zu stimulieren und erwäge eine Kombination von Gebäudesanierungsprogramm und MAP. Die Präferenzen der SPD-Fraktion seien dagegen nicht so ho-

mogen, dort müsse man sich erst „politisch sortieren“, so Freier.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge sind die Aussichten für das von den Regenerativverbänden präferierte Bonusmodell deshalb weniger gut. Das BMU habe sich „alle Konzepte durch den Kopf gehen lassen“ und halte ein Wärme-EEG wegen der Kosten, die auf den Verbraucher umgelegt werden müssten, für ein wenig probates Mittel, sagt die Referatsleiterin.

Derweil haben die Regenerativverbände ein überarbeitetes Modell vorgeschlagen, das ohne Verbraucher-Umlage funktioniert. Denn eine Kostenwälzung wie beim EEG, so ist in Berlin zu hören, wird insbesondere von der konservativen Fraktion kategorisch abgelehnt. Bei dem neuen Bonus-Modell wird der Mittelbedarf aus einem Fonds gedeckt, der aus dem MAP gespeist wird. Nur wenn die Nachfrage so groß sein sollte, dass diese Sockelfinanzierung nicht ausreicht, müsste die Restfinanzierung nach Überlegungen der Verbände aus einer Brennstoffumlage, etwa einer „Kessel-Dino-Abgabe“, erfolgen. „Von nennenswerten zusätzlichen Kosten für den Verbraucher kann also keine Rede sein“, so Körnig. Der BSW will beim BMU nun weiter für sein Konzept werben. „Wir machen weiter Druck.“

Rückenwind kann sich die Regenerativbranche aus Brüssel erhoffen. Anders als die Bundesregierung ist die Europäische Union (EU) mit ihrer Richtlinie für regeneratives Heizen und Kühlen (RES-H) augenscheinlich vorangekommen (neue energie 7/2006). Voraussichtlich im Januar will EU-Energiekommissar Andris Piebalgs seinen Vorschlag für eine regenerative Wärme-Direktive präsentieren. Danach sollen die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, Förderinstrumente wie steuerliche Vergünstigungen oder direkte Investitionshilfen einzuführen und bestehende Fördermaßnahmen zu verstetigen. „Damit werden auch weit entwickelte Märkte wie Deutschland zu weiterem Handeln aufgefordert sein“, sagt Estif-Generalsekretär Uwe Brechlin.

Akzeptieren EU-Parlament und Rat das Papier und können sich die Gremien schnell einigen, sei ein Inkrafttreten der Richtlinie bereits Mitte 2007 denkbar. Auf Reaktionen in den Ländern werde bis dahin wahrscheinlich nicht gewartet werden müssen. Allein die konkrete Absicht, eine Direktive zu verabschieden, werde sie zum Handeln bewegen. „Wenn die Staaten sehen, dass auf EU-Ebene was in die Gänge kommt, reicht das schon aus“, so Brechlin. „Piebalgs Richtlinienvorschlag könnte bereits der notwendige Anstoß sein.“

Firmen wollen Kosten senken

Demnach sollte ein Wärmegesetz in Deutschland nicht in allzu weiter Ferne sein. Für die Firmen ist dieses politische Thema allerdings nun erst einmal vom Tisch; ab sofort beginnt für sie wieder das Tagesgeschäft. Und das wird hart werden. Wenn im Januar der MAP-Topf geöffnet wird, dürfte die Nachfrage nach Solaranlagen stark steigen – darauf müssen die Unternehmen mit kurzfristigen Produktionssteigerungen reagieren. Außerdem gilt es, mit hohen Rohstoffpreisen umzugehen. Insbesondere Kupfer, aus dem die meisten Kollektorhersteller ihre Absorber fertigen, ist in den letzten Monaten deutlich teurer geworden. Nach den Worten von Matthias Reitzenstein, Geschäftsführer des Solaranbieters Paradigma GmbH & Co. KG, entstünden dadurch aktuell Mehrkosten von drei bis acht Euro pro Quadratmeter Kollektorfläche. Um diese nicht dauerhaft an die Kunden weitergeben zu müssen und Akzeptanzprobleme zu vermeiden, so Reitzenstein, seien „produktionstechnische Verbesserungen“ ein Muss. Paradigma will Kupfer daher durch Edelstahl ersetzen. Dessen Verarbeitung sei zwar schwieriger, dauerhaft ließen sich die Kollektor-Preise damit aber im Rahmen halten.

Die Bosch-Tochter BBT Thermotechnik GmbH setzt dagegen verstärkt auf Gewichtsreduktion. Bei ihren Flachkollektoren verwenden die Wärmespezialisten Fiberglas statt Aluminiumrahmen, lösen sich also vom preislich schwer kalkulierbaren Metall und erleichtern Installateuren zudem die Arbeit.

Kostenreduktionen sollen aber auch über Produktionssteigerungen realisiert werden. Neben dem deutschen Markt sieht BBT vor allem in Südeuropa Chancen. Aus diesem Grund baut die Firma im portugiesischen Aveiro eine neue Produktionsanlage für Solarkollektoren. Laut Sprecher Ingo Rapold ist die Inbetriebnahme der neuen Fabrik bereits für Februar 2007 geplant. Von dort aus sollen dann überwiegend die neuen Solarthermiemärkte Portugal und Spanien beliefert werden. „Wir rechnen dort in den nächsten Jahren mit erheblichem Wachstum.“

International so erfolgreich sind bisher aber nur sehr wenige deutsche Kollektorbauer. BBT hat mit dem Bosch-Konzern eine finanzstarke Mutter im Rücken, die zudem über weit verzweigte Vertriebskanäle im Ausland verfügt. Die meisten Solarspezialisten können von solchen Strukturen nur träumen. Wegen des hohen Kapitalaufwands steigen ihre Exportaktivitäten nur langsam. Sie bleiben weiter abhängig vom deutschen Markt und dem Wohlwollen Berlins. ◀